

POLITIK kompakt

Gaza: Kein Durchbruch bei Verhandlungen

TEL AVIV Trotz Berichten über Fortschritte bei den Gesprächen über eine Waffenruhe im Gaza-Krieg ist ein erhoffter rascher Durchbruch bisher ausgeblieben. Der israelische Kan-Sender berichtete, die Regierung in Jerusalem warte noch auf Antworten der islamistischen Hamas mit Blick auf Details einer Einigung. Ein namentlich nicht genannter israelischer Repräsentant sagte dem Sender, ohne Übermittlung einer Liste von Geiseln, die freigelassen werden, werde es keine Fortschritte geben.

Russische Region streicht Soldaten-Zulage

TSCHITA Die russische Region Transbaikalien in Sibirien hat die Einmalzahlung für Soldaten gestrichen, die nach einer Verwundung im Ukrainekrieg bleibende Schäden davongetragen haben. Die regionale Entschädigung belief sich nach Angaben des Telegramkanals Sibirski Express je nach Schwere der Behinderung bisher auf eine Summe zwischen 100.000 und 500.000 Rubel (derzeit etwa 925 bis 4630 Euro). Das lokale Sozialministerium teilte mit, das Geld werde stattdessen etwa in die medizinische Behandlung und Betreuung der Soldaten sowie ein Benzingleid fließen.

Biden wandelt 37 Todesstrafen um

WASHINGTON Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit wandelt US-Präsident Joe Biden die Todesurteile Dutzender Personen in lebenslange Haftstrafen ohne Bewährung um. Das Weiße Haus veröffentlichte die Namen der 37 Betroffenen, über die sich Biden als erklärter Gegner der Todesstrafe wie folgt äußerte: „Tauschen Sie sich nicht: Ich verurteile diese Mörder, trauere um die Opfer ihrer verabscheuungswürdigen Taten und leide mit all den Familien, die einen unvorstellbaren und endgültigen Verlust erlitten haben.“ Dass er sich trotzdem so entschieden habe, begründete der 82 Jahre alte Demokrat mit seinem Gewissen sowie seinen Erfahrungen als Pflichtverteidiger und Politiker.

Linken-Politikerin angegriffen

GÖRLITZ Mehrere Rechte haben am Samstag nach Angaben des sächsischen Landeskriminalamts (LKA) in Görlitz eine Linken-Politikerin und zwei weitere Menschen angegriffen. Es gebe fünf bis zehn Tatverdächtige aus dem rechten Spektrum und drei Geschädigte, die alle verletzt worden seien. Unter den drei Angegriffenen sei die Politikerin Samara Schrenk, bestätigte die Sprecherin.

Empörung wegen Treffen mit Putin

MOSKAU Mit einem überraschenden Besuch beim russischen Präsidenten Wladimir Putin im Kreml hat der slowakische Regierungschef Robert Fico großes Entsetzen in dem an die Ukraine grenzenden EU-Land ausgelöst. Oppositionspolitiker warfen ihm vor, mit seiner Reise nach Moskau – der ersten eines offiziellen Vertreters der Slowakischen Republik seit Russlands Einmarsch in der Ukraine vor knapp drei Jahren – sein eigenes Land verraten zu haben. Beim Gespräch mit Putin ging es nach Angaben beider Seiten unter anderem um russische Erdgaslieferungen in die Slowakei.

Donald Trump will Grönland kaufen

Der designierte US-Präsident Donald Trump möchte Grönland den USA einverleiben. „Im Interesse der nationalen Sicherheit und der Freiheit in der Welt sind die USA der Ansicht, dass der Besitz und die Kontrolle von Grönland eine absolute Notwendigkeit sind“, schrieb Trump auf der von ihm mitbegründeten Online-Plattform Truth Social. In dem Post nannte Trump auch seinen Kandidaten für das Amt des US-Botschafters in Dänemark: Ken Howery, ein Mitgründer des Zahlungsdienstleisters PayPal, der während Trumps erster Amtszeit Botschafter in Schweden war. Die Personallie bedarf der Zustimmung des US-Senats. Bereits während seiner ersten Amtszeit hatte Trump



Donald Trump. Scuteri/dpa

vorgeschlagen, Grönland zu kaufen. Die Antwort aus Dänemark war damals deutlich: Nein, danke. Die grönländische Außenbeauftragte Vivian Motzfeldt lehnte Trumps neuen Vorstoß im dänischen Sender TV2 als „unsinnig“ ab. Regierungschef Múte B. Egede betonte, Grönland stehe nicht zum Verkauf. Man müsse aber offen sein für wirtschaftliche Kooperation. Aufgeschlossener zeigten sich grönländische Abgeordnete im dänischen Parlament. Man sei „open for business“, also offen für Geschäfte, sagte Aaja Chemnitz. Ihre Partei Inuit Ataqatigiit würde sich ein stärkeres amerikanisches Engagement wünschen, vor allem in den Bereichen Bildung und wirtschaftliche Entwicklung. alz



Eine Syrerin legt ein Foto neben andere Bilder von Personen, die von Mitgliedern der Armee des gestürzten syrischen Präsidenten al-Assad oder einer regierungsfreundlichen Miliz als vermisst gemeldet wurden. Foto: Leo Correa/AP/dpa

Zurück in die Heimat?

Der Sturz von Assads Regime entfacht hitzige Debatten über die Rückkehr syrischer Flüchtlinge. So schätzt ein Experte die aktuelle Lage ein

Der Sturz von Baschar al-Assads Regime am 8. Dezember hat in Deutschland eine Debatte ausgelöst, wann syrische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können. Politiker aus der Union und der AfD sprechen sich für eine baldige Überprüfung des Schutzstatus aus. Diskutiert wird dabei auch über konkrete Maßnahmen wie Charterflüge nach Syrien oder Startgeld für Rückkehrer. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) erließ direkt nach der Flucht Assads einen Entscheidungsstopp für laufende Asylanträge von Syrien.

Der Diskurs um eine unfreiwillige Rückkehr von syrischen Flüchtlingen ist dabei nicht neu. Im September 2024 ging es zuletzt jedoch nur um syrische Straftäter, deren Abschiebung gefordert wurde. Der Syrienfachmann des GIGA Instituts für Nahost-Studien in Hamburg, André Bank, sagte damals, dass Rückkehrern, die mit der Opposition oder den Rebellen verbunden waren, unter Assad Folter drohe. Jetzt hat sich die Lage verändert. Doch der Experte gibt im Gespräch mit der AZ keine Entwarnung. „Es ist wichtig, zu betonen, dass Syrien in weiten Landes-

teilen überhaupt nicht sicher ist“, sagt er. „Dabei geht es nicht nur um Bombardements aus der Luft durch die Türkei im Nordosten und von Israel im Südwesten, sondern es kommt auch zu Kämpfen zwischen Rebellengruppen, der protürkischen SNA und den kurdischen Kräften.“

Die Wirtschaftslage vor Ort bezeichnet der Nahost-Experte als „schlecht bis katastrophal“: zerstörte Infrastruktur, Hyperinflation und in fast allen Landesteilen sei man von Lebensmittelhilfen abhängig. „Das Gehalt, was beispielsweise syrische Lehrerinnen und Lehrer oder andere Staatsbediensteten in der Verwaltung bekommen haben, beträgt 20 bis 50 Dollar pro Monat. Wenn man eine vierköpfige Familie hat und mit den aktuellen Preisen rechnet, reicht das maximal zwei Wochen für den Lebensunterhalt aus.“ Von der Erosion des Staates seien die Gesundheitsversorgung und das Schulsystem schwer betroffen.

Die ersten angekündigten Schritte der von der Rebellenregierung Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) eingesetzten Übergangsregierung machen vielen Beobachtern Hoffnung auf eine langsame Verbesserung. Bank betont insbesondere, dass die HTS nie ohne das sehr heterogene Rebellenbündnis Assads Sturz erreicht hätte.

Rhetorisch agierten die neuen Machthaber dem Politologen zufolge positiv. „Es wird signalisiert, dass alles ein inklusiver Prozess ist, der verschiedene Gruppen mit einbezieht, auch

Ex-Staatsbedienstete unter Assad, die an den Menschenrechtsverletzungen des Regimes nicht beteiligt waren.“ Internationale Akteure beobachten nun aufmerksam, welche Politik die HTS in Syrien betreibt. Vorsichtig werden Kontakte zur neuen Regierung geknüpft, etwa durch die USA. Auch in Russland diskutiert man gerade um eine mögliche Entfernung der Gruppierung von der Terrorliste.

Manche externen Akteure spielen laut Bank auch eine möglicherweise destruktive Rolle. Ein wesentliches Störpotenzial beobachtet er durch die Türkei und durch Israel, die ihre Einflussphäre in der Region auf Kosten Syriens vergrößern wollen. Für diese Länder wäre aber eine Deeskalation in Syrien im eigenen Interesse. Denn Ziel der Türkei ist es, ebenfalls die Rückkehr von Flüchtlingen zu ermöglichen.

Die deutsche Bundesregierung lehnt die losgetretene

Diskussion mit Rücktrittsforderungen ab. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Nils Schmid verurteilt im Gespräch mit der AZ die Tonlage der aktuellen Diskussion, die seiner Meinung nach nicht auf dem Rücken der in Deutschland lebenden Syrerinnen und Syrer ausgetragen werden soll.

Der Politiker gibt dabei zu, dass es auch unter den Wählern seiner Partei gegenüber den Syrern in Deutschland gemischte Gefühle gibt. „Häufig sieht man nur das, was nicht so gut funktioniert hat. Das gilt auch für syrische Flüchtlinge. Man schaut auf die, die immer noch keine Arbeit haben oder immer noch nicht Deutsch reden. Und man vergisst, dass Syrerinnen und Syrer wichtige Lücken bei den Fachkräften füllen.“

Einig ist sich der Politiker mit dem Experten Bank in einem Punkt: Wenn sich die Lage in Syrien verbessert, werden viele von sich aus zurückkehren.

J. Dudnik, R. Bathon

CDU-POLITIKER HAT FORDERUNGEN AN SYRER

„Arbeit allein reicht nicht“

Der Fraktionsgeschäftsführer der Union im Bundestag, Thorsten Frei, hat Erwartungen an Syrer formuliert, die in Deutschland bleiben wollen.



Frei.Foto: dpa

„Arbeit allein reicht nicht“, sagte er dem „Stern“.

Ein Großteil der Syrer im Land gebe Hilfstätigkeiten nach, viele hätten keine Aus-

bildung. „Diese Menschen können möglicherweise sich selbst versorgen, aber ganz sicher keine Familie“, sagte er. „Wer dauerhaft im Land bleiben will, muss so viel verdienen, dass sich eine Rente ergibt, die oberhalb der Grundsicherung im Alter liegt“, sagte Frei weiter. bg

Nato-Chef verteidigt Olaf Scholz

Selenskyjs Kritik am deutschen Kanzler hält Mark Rutte für ungerechtfertigt

Nato-Generalsekretär Mark Rutte hält die zum Teil scharfe Kritik des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für ungerechtfertigt. „Ich habe Selenskyj oft gesagt, dass er auf-

hören soll, Olaf Scholz zu kritisieren, denn ich halte das für unfair“, sagt Rutte.

Was Scholz für die Ukraine getan habe, sei beeindruckend. Er habe mit dafür gesorgt, dass Deutschland nach den USA an zweiter Stelle bei der militärischen Unterstützung der Ukraine stehe. Dafür müsse Kiew dankbar sein können.

Zugleich machte Rutte deutlich, dass er der Ukraine im Gegensatz zu Scholz auch Taurus-Marschflugkörper lie-

fern würde und auch keine Einschränkungen bei der Nutzung machen würde.



Rutte (r.) neben Bundeskanzler Scholz. Foto: Jutrozenka/dpa

„Ganz allgemein wissen wir, dass solche Fähigkeiten für die Ukraine sehr wichtig sind“, sagte der frühere niederländische Ministerpräsident. Es sei aber nicht an ihm zu entscheiden, was Alliierte liefern sollten.

Selenskyj hatte Scholz zuletzt dafür kritisiert, gegen seinen Willen mit Russlands Präsident Wladimir Putin telefoniert zu haben. Immer wieder äußerte er auch Unverständnis für das Nein des Kanzlers zu Taurus-Lieferungen. Ansgar Haase